



Dirk Hofmann

Polen nach den Parlamentswahlen 2001 – Abschied von der konsolidierten Demo- kratie?

Kontakt:

dirk.hofmann@stud.uni-goettingen.de

Erschienen in

Dirk Hofmann/Thomas Lämmer

**Integration als Aufgabe – Polen, Tschechien und Deutschland vor der Osterweiterung
der Europäischen Union**

Göttingen 2002

ISBN 3-00-010008-3

Kontakt:

thomas_laemmer@freenet.de

dirk.hofmann@stud.uni-goettingen.de

Polen nach den Parlamentswahlen 2001 – Abschied von der konsolidierten Demokratie?

Einleitung: Das Szenario

Am 23. September 2001 wurde in Polen ein neues Parlament gewählt. Die Ergebnisse dieser vierten demokratischen Parlamentswahlen seit dem Umbruch von 1989/90 haben in Polen wie im Ausland für Aufsehen gesorgt: Die Sammlungsbewegung AWS (*Akcja Wyborcza Solidarność*)¹ und die liberale UW (*Unia Wolności*)², die bis zu ihrem Koalitionsaustritt im Juni 2000 eine Mitte-Rechts-Regierung mit der AWS stellte, haben mit einem Minus von zusammen 38,5% gegenüber den Parlamentswahlen von 1997 so starke Verluste hinnehmen müssen, daß sie den Wiedereinzug in den neugewählten Sejm³ verpaßten. Stärkste Partei wurde mit 41,04% der Stimmen erwartungsgemäß der postkommunistische SLD (*Sojusz Lewicy Demokratycznej*)⁴, der seither, wie schon von 1993 bis 1997, einer Koalitionsregierung mit der früheren Blockpartei PSL (*Polskie Stronnictwo Ludowe*)⁵ (8,98%) vorsteht. Alle weiteren – der insgesamt sechs – vertretenen Gruppierungen schafften zum ersten Mal den Einzug ins Parlament. Es sind dies die mit 12,68% zur zweitstärksten Kraft gewordene konservativ-liberale *Platforma Obywatelska* (PO)⁶, zu deren Gründung sich im Januar 2001 führende Vertreter liberaler wie konservativer Parteien und Gruppierungen zusammengefunden haben, weiter die von dem bekannten Europagegner Andrzej Lepper angeführte populistische Bauernselbstverteidigung Samoobrona (10,2%)⁷, die „Law-and-order“-Bewegung (*Prawo i Sprawiedliwość*)⁸ mit 9,5% der abgegebenen Stimmen sowie die klerikal-nationalistische *Liga Polskich Rodzin* (LPR)⁹ (7,87%) (Ergebnisse vgl. *Polityka* 40/2001). Den drei letzten Gruppierungen ist nach übereinstimmender Einschätzung neben dem Fehlen tragfähiger Konzepte zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme des Landes ebenso gemein, daß sie der Integration Polens in die Europäische Union ablehnend bis feindlich gegenüberstehen (Lang 2001:1 f.).

Wie dieses Wahlergebnis zeigt, ist das polnische Parteiensystem erneut erheblich in Bewegung geraten, nachdem es von vielen Beobachtern nach der Gründung der AWS im Juli 1996 und ihrem klaren Wahlsieg bei den Parlamentswahlen 1997 bereits für weitgehend konsolidiert erklärt worden war. Es ist fraglich, ob es AWS und UW gelingt, trotz ihres Ausscheidens aus dem Parlament weiter am politischen Leben teilzuhaben. Wahrscheinlicher ist, daß einem Großteil ihrer Mitglieder die neu entstandene *Platforma Obywatelska* als die zukunftsreichere Alternative erscheint. Sie war im Januar 2001 von den drei Spitzenpolitikern Maciej P³a¿yñski (AWS), Donald Tusk (UW) und dem parteilosen Andrzej Olechowski gegründet worden und ist seit den Wahlen die einzige parlamentarische Vertretung der rechten Mitte (Lang 2001:3). Im Verlauf des Jahres schlossen sich ihr weitere, vor allem aus der AWS ausgetretene Politiker an (FAZ 25.9.2001). Aber auch der Einzug der drei neuen Gruppierungen PiS, *Samoobrona* und LPR in den neuen Sejm sorgt in Polen wie im Ausland für Beunruhigung, da schon kurz nach der Wahl abzusehen war, daß sich das Parlament durch die Anwesenheit der drei Gruppierungen verändert hatte und noch weiter verändern würde. Während mit der von den ehemaligen Vertrauten Lech Wa³e³as, den Brüdern Lech und Jaros³aw Kaczyñski, angeführten Bewegung PiS eine weitere betont konservative Kraft vertreten ist, die sich von der *Platforma* als eigenständige politische Kraft abzuheben versucht, ist mit dem Einzug der radikalen *Samoobrona* eine besonders explosive politische Konstellation entstanden. Diese vertritt, ebenso wie die Regierungspartei PSL, die Interessen der in Polen über starkes politisches Gewicht verfügenden Gruppe der Landwirte. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß sie mit ihrer europafeindlichen Rhetorik nicht nur das PSL als Partei, sondern auch die Regierung, die sich einen schnellen Abschluß der Verhandlungen mit den EU auf ihre Fahnen geschrieben hat, stark unter Druck setzen wird. Eines ähnlich populistischen Politikstils wie die *Samoobrona* bedient sich die national-katholische *Liga Polskich Rodzin*. Sie ist im Umfeld des bekannten katholischen (aber nicht mehr von der Kirche kontrollierten) Radiosenders *Radio Maryja* entstanden und tritt ebenfalls durch entschieden europa-

feindliche Aussagen öffentlich in Erscheinung (Juchler 2001). Ihr wird, ebenso wie der *Bauernselbstverteidigung*, ein Großteil der Verantwortung für die nach der Wahl offensichtlich eingetretene Schwächung der Parlamentskultur zugewiesen, die sich in den Jahren der Demokratisierung und beginnenden Konsolidierung der polnischen Demokratie im Verlauf der 90er Jahre herausgebildet hatte (vgl. Matthes 1999:168 ff.). Diese Schwächung wird jedoch nicht in der Tatsache gesehen, daß vier neue Gruppierungen in das Parlament eingezogen sind, sondern vielmehr in dem öffentlichen Verhalten einiger der erstmals vertretenen Parlamentarier. So ist der Versuch, den als Anführer gewalttätiger Bauernproteste bekannten Andrzej Lepper in die parlamentarischen Strukturen zu integrieren, indem man ihn zum *Wicemarszałek Sejmu* (stellvertretenden Sejm marschall) wählte, bereits nach kurzer Zeit fehlgeschlagen. Schon Ende November 2001 entzog ihm der Sejm unter spektakulären Begleitumständen sowohl das Amt des *Wicemarszałek* als auch seine Abgeordnetenimmunität und ermöglichte so die seit langem geforderte Eröffnung der zahlreichen gegen Lepper anhängigen Strafverfahren, deren Begründungen von „Beleidigung hochrangiger Staatsbeamter“ über Körperverletzung bis hin zu Widerstand gegen die Staatsgewalt reichen (Urban 2001c). Zahlreiche Veröffentlichungen beschäftigen sich seither mit dem neuen politischen Diskurs, der in die polnische Politik eingezogen ist. Unter anderem heißt es, Lepper habe mit seinem Verhalten „eine weitere Barriere im politischen Kampf gebrochen“ (Paradowska 2001b). Dies habe zu einer völlig neuen Dimension politischer Auseinandersetzung geführt, so daß sich jüngst der Bürgerrechtsbeauftragte der Republik Polen gemeinsam mit den Vorsitzenden des Verfassungsgerichts sowie der Obersten Kontrollkammer schriftlich an Sejm marschall Marek Borowski wandten und eine Beendigung dieses Zustandes forderten.

Diese kurzen Schlaglichter auf die politische Situation nach den Parlamentswahlen werfen, 13 Jahre nach Beginn des Transformationsprozesses, zunächst die Frage auf, was das Wahlergebnis und die nach den Wahlen eingetretene politische Entwicklung für den Prozeß der demokratischen Konsolidierung

in Polen bedeuten. Und: Welche Konsequenzen ergeben sich für den Annäherungsprozeß Polens an die Europäische Union? Im folgenden soll versucht werden, anhand kurzer Darstellungen der aktuellen Entwicklungen in den Bereichen Parteiensystem, Regierungspolitik und Sejm zu einer Einschätzung hinsichtlich dieser beiden Fragen zu gelangen.

Das Parteiensystem

Wie schon in den einführenden Darstellungen deutlich wurde, hat das Ergebnis der Parlamentswahlen vom 23. September 2001 das polnische Parteiensystem von Grund auf verändert (Juchler 2001:1413). Abgehalten wurden die Wahlen nach einer leicht veränderten Wahlordnung, deren wesentlichste Änderungen gegenüber der Wahlordnung von 1993 darin bestanden, daß die d'Hondtsche Auszählungsmethode gegen die Methode Saint League ersetzt wurde, was die großen Formationen nicht mehr so stark wie bisher, aber immer noch bevorzugt¹⁰. Weiter wurde die Möglichkeit zur Aufstellung nationaler Listen abgeschafft, so daß nun auch die bisher den Landeslisten vorenthaltenen 15% der Mandate in den – entsprechend der durch die Verwaltungsreform von 1999 neu gestalteten und entsprechend vergrößerten – Wahlkreisen vergeben werden. Beibehalten wurden die Hürden von 5% für Parteien und 8% für Wahlbündnisse. Strenger als bisher ist die Wahlkampffinanzierung geregelt. Es gilt nun eine absolute Obergrenze von 29 Mio Z³oty (ca 8 Mio Euro) jährlich, die anteilig an alle Organisationen abgegeben werden, die bei den Parlamentswahlen mindestens 3% der Stimmen auf sich vereinigen konnten, also unabhängig davon, ob sie den Einzug in das Parlament geschafft haben oder nicht (*Ordynacja wyborcza do Sejmu i Senatu*).

Am stärksten hat sich das Ergebnis der Wahlen auf die politischen Kräfte ausgewirkt, die sich auf das politische Erbe der *Solidarność* berufen. Nach 1993 ist es bereits das zweite Mal, daß eine Post-*Solidarność*-Regierung dem postkommunistischen „Lager“ aus SLD und der ehemaligen Block-

partei PSL nicht nur unterlegen ist, sondern sogar so stark verloren hat, daß sie sozusagen direkt von der Regierungsbank in die außerparlamentarische Opposition verwiesen wurde: Mit 5,6% bzw. 3,1% haben sowohl die Mitte-Rechts-Sammlungsbewegung AWS als auch die liberale UW den Einzug in den Sejm verpaßt. Die Zukunft beider Gruppierungen ist nun äußerst ungewiß. Ein Ergebnis der Wahlen scheint in jedem Fall zu sein, daß der Versuch, das Konstrukt *Solidarność* politisch wiederzubeleben, wohl endgültig gescheitert sein dürfte. An ihrer statt waren schon vor den Wahlen neue Parteien und Gruppierungen entstanden, von denen der *Platforma Obywatelska* die größte Bedeutung zukommt, insofern als sie bewußt mit den alten Trennlinien gebrochen hat und – nach der Umstrukturierung des SLD 1999 – bisher erst die zweite Gruppierung ist, die aus den strukturellen Fehlern vor allem der AWS gelernt zu haben scheint. Darauf läßt allein schon die Regelung schließen, daß ausschließlich Einzelpersonen der PO beitreten dürfen, nicht aber Vereinigungen. Damit soll von Anfang an verhindert werden, daß die PO ebenso wie die aus knapp 40 Vereinigungen bestehende AWS an einem Geflecht von Kompromissen zwischen den einzelnen Gruppierungen zerbricht. Am 5. März 2002 ist sie offiziell als Partei registriert worden. Daß der Parteibildungsprozeß jedoch nicht ohne Probleme verläuft, zeigen schon jetzt die Spannungen zwischen konservativeren PO-Politikern wie Jan-Maria Rokita und der eher linksliberalen Gruppe um Paweł Piskorski (jetzt SKL), die an die früheren Flügelauseinandersetzungen innerhalb der UW erinnern (Freudenstein/Czyrny 2001: 27, 47).

Eine weitere aus der AWS hervorgegangene Bewegung ist *Prawo i Sprawiedliwość* der Brüder Lech und Jarosław Kaczyński. Sie setzt sich für einen entschlossenen Kampf gegen Korruption, für Verbesserungen der staatlichen Organisation auf allen Ebenen sowie für eine Konsolidierung der staatlichen Finanzen ein. Aufsehen erregte insbesondere Lech Kaczyński mit seinen Forderungen nach Verschärfung der Strafgesetze, bis hin zur Wiedereinführung der Todesstrafe (Heimann 2001), weswegen die PiS von deutschen Beobachtern auch schon als

„die polnische Schill-Partei“ bezeichnet wurde (Lang 2001: 3). In Bezug auf den Beitritt Polens zur Europäischen Union zählt PiS eher zu den Gegnern. Die in ihr vertretenen Politiker äußern zwar selten offene Ablehnung, ihre Haltung zur EU ist aber durch eine grundlegende Skepsis gekennzeichnet. Vor den Wahlen hatten sie sich auf die Haltung geeinigt, daß sie die Entscheidung über Beitritt oder Nichtbeitritt dem polnischen Wahlvolk überlassen wollen.

Die LPR schließlich als die dritte im Sejm vertretene *Solidarność*-Nachfolgegruppierung ist ebenfalls schon vor den Parlamentswahlen, im Februar 2001, als ein Zusammenschluß verschiedenster katholisch-nationalistischer Gruppierungen entstanden. Sie wird von Witold Hatka angeführt, wobei Jan Łopuszański als die eigentlich integrierende Persönlichkeit angesehen wird. Die LPR ist streng antikommunistisch und nationalistisch und wird bisweilen sogar als „rechtsradikale“ Vereinigung bezeichnet, die sich gegen die liberale Demokratie wendet und Religion und Nationalbewußtsein propagiert (Stankiewicz 2001: 266). Das Wahlprogramm der LPR ist gekennzeichnet von staatsinterventionistischen Schlagworten, massiver Kritik an der Europäischen Union und Panikmache vor dem Ausverkauf polnischen Landes durch westliche, vornehmlich deutsche Ausländer. (Freudenstein/Czyrny 2001: 34). Die LPR erfreut sich massiver Unterstützung durch den Radiosender *Radio Maryja*, der unter der Leitung von Pater Rydzyk, der auch der „einflußreichste religiöse Fundamentalist in Europa“ genannt wird (Stankiewicz 2001: 72) vor allem bei der älteren Landbevölkerung große Erfolge verzeichnen kann. Überdies verfügt die sogenannte *polnische Familie*, der *Radio Maryja* angehört, über eine ausgeprägte Infrastruktur an Stiftungen und Verlagen, die in jüngster Vergangenheit zusätzlich durch eine eigene private Hochschule in Toruń erweitert wurde.

Als eindeutiger Wahlsieger ist der oppositionelle SLD, der sich erst im Jahr 2000 mit der *Unia Pracy* (UP) zu einer „Wahlkoalition“ zusammengeschlossen hatte, hervorgegangen. Entgegen den Meinungsumfragen der vorherigen Monate verfehlte

die SLD-UP-„Wahlkoalition“ zwar die absolute Mehrheit relativ deutlich, erreichte aber mit 41,04% der Stimmen genügend Unterstützung, um eine Koalitionsregierung mit der früheren Blockpartei PSL einzugehen. Zwar gibt es zwischen den beiden Parteien einige programmatische Übereinstimmungen, insofern als sich der SLD in den letzten Jahren immer mehr in Richtung einer zentristischen Partei entwickelt hat, die sich weniger durch arbeitnehmerfreundliche Politik auszeichnet als vielmehr durch eine Art „polnischen Thatcherismus“ (Urban 2001a). Weniger Übereinstimmungen gibt es zwischen SLD und PSL allerdings in Fragen der Europapolitik: Während der SLD eine Beschleunigung der Verhandlungen auf seine Fahnen geschrieben hat und deren Abschluß für Ende 2002 angekündigt hat, tut sich das PSL als Vertreter von Agrarinteressen mit einer Annäherung an die Positionen des SLD schwer und verlangt grundsätzliche Änderungen in der Europapolitik. Als besonders problematisch für das PSL wird sich das überraschende Erstarken der populistischen *Samoobrona*, der Partei des bekannten Europegegners Andrzej Lepper, erweisen. Die *Samoobrona* ist bereits 1992 gegründet worden, erhielt aber bei den Parlamentswahlen 2001 zum ersten Mal genügend Stimmen, um den Einzug in den Sejm zu schaffen. Lepper, der sich als Anstifter zahlreicher gewalttätiger Bauernprotestaktionen in Polen wie auch international einen großen Bekanntheitsgrad erworben hatte, hatte bei den Präsidentenwahlen 1995 und 2000 mit jeweils geringem Erfolg teilgenommen (1995: 1,32%, 2000: 3,05% der Stimmen). Der vergleichsweise große Erfolg bei den Parlamentswahlen erklärt sich am ehesten aus dem schwierigen Stand der Verhandlungen Polens mit der Europäischen Union, die vor allem in Fragen der Agrarpolitik seit einiger Zeit nicht recht vorangekommen sind (vgl. Dietrich 2002; Kaps 2002). Das Programm der *Samoobrona* zeichnet sich durch eine eher wirre Verbindung verschiedener national-patriotischer Positionen mit dem Ausdruck unverblümter Nostalgie für das kommunistische Polen und starker prorussischer Tendenzen aus: Radikal lehnt die *Samoobrona* Marktwirtschaft und Globalisierung ab, und polemisiert gegenüber NATO und EU. Ein Hauptziel der Partei besteht darin, die nationale Wirtschaft Polens zu schützen, was

sie durch massiven Staatsinterventionismus, vor allem in der Landwirtschaft, bewerkstelligen will (Freudenstein/Czyrny 2001: 33 f.). Es steht zu erwarten, daß die Politik der *Samoobrona* für das PSL, das seit Oktober 2001 mit SLD-UP in der Regierungsverantwortung ist und mit seinem Vorsitzenden Kalinowski den Landwirtschaftsminister stellt, zu einer wahren Zerreißprobe wird, die letzten Endes sogar den Bestand der Regierung gefährden kann. So wird die Politik gegenüber der EU in den kommenden Monaten wohl zu dem entscheidenden Thema werden. Ähnlich wie die LPR (und bei früheren Wahlen Stanisław Tymiński und seine *Partia X*) besetzt die *Samoobrona* bewußt Themen, die sie für Protestwähler fast jeglicher Couleur wählbar macht: Neben den nicht zu finanzierenden massiven Subventionen für die polnische Landwirtschaft verspricht sie allgemeine Steuersenkungen, die Schließung der Ostgrenzen für Waffen und illegale Einwanderer, eine Verschärfung des Kündigungsschutzes im Mietrecht und höhere Ausgaben im Gesundheitswesen, höhere Renten u. ä. (Majewski 2001).

Insgesamt haben die Wahlen von September 2001 und die darauffolgenden Entwicklungen gezeigt, daß sich das Parteiensystem noch immer in Bewegung befindet, nachdem es schon in den Jahren 1996/1997 von vielen Beobachtern als weitgehend konsolidiert bezeichnet worden war (vgl. Widmaier/Gawrich/Becker 1999: 129; Ochmann 1999: 224). Diese Einschätzung war insbesondere durch die Entstehung der AWS als großer Sammlungsbewegung der christlich-konservativen Mitte motiviert, die als das Gegenstück zum SLD, dem Bündnis der Linken, angesehen wurde und nach Meinung verschiedener Beobachter sogar die Entwicklung eines „tendenziell ... bipolare[n] Parteiensystem[s] mit einem liberalen Zünglein an der Waage“, also einem Parteiensystem nach westeuropäischem Muster bedeute (vgl. Ziemer 1999: 343). Anders als der SLD, dem es 1999 gelang, sich von einem Parteienbündnis in eine Partei umzuwandeln, konnte die AWS, wie schon bald abzusehen war, aufgrund der extremen Heterogenität der in ihr organisierten Gruppierungen nicht lange bestehen. Vor dem Hintergrund der großen Schwierigkeiten, die der AWS aus ihrer

Heterogenität erwachsen, kann man die These formulieren, daß das Auseinanderbrechen der AWS eher als ein Konsolidierungserfolg angesehen werden kann als ihre Gründung im Jahr 1996, jedenfalls wenn es den Nachfolgegruppierungen gelingen sollte, sich zu programmatischen Organisationen zusammenzuschließen, was im Fall der PO nicht unwahrscheinlich erscheint.

Die Regierung

Schon unmittelbar nach den Wahlen wurde deutlich, daß die drängendsten Probleme der neuen Regierung in der Finanz- und der Europapolitik liegen würden. Die Regierung Buzek hatte der neuen Regierung ein so großes Haushaltsdefizit überlassen, daß bereits in der ersten Kabinettsitzung am 19. Oktober 2001 der neue Finanzminister Einsparungen für das alte Budget 2001 vorschlagen mußte (Juchler 2001:1415)¹¹. Angesichts der schlechten Haushaltslage und der ebenfalls sehr angeschlagenen wirtschaftlichen Lage, in der sich Polen derzeit befindet (mit einem Wirtschaftswachstum, das seit 1995 stetig gesunken ist und einer Arbeitslosenquote von 15,9%, vgl. Juchler 2001:1408) hatte die Koalition versucht, Druck auf die Nationalbank auszuüben, die Leitzinsen zu senken. Da die Unabhängigkeit der Nationalbank jedoch als ein hohes Gut angesehen wird, hat diese Politik sofort einen handfesten Skandal ausgelöst, der erst nach längeren Auseinandersetzungen mit dem neuen Vorsitzenden der Nationalbank, Leszek Balcerowicz, und unter Vermittlung von Staatspräsident Kwaśniewski, der sich für die Unantastbarkeit der Bank einsetzte, beigelegt werden konnte. Dennoch drang PSL-Chef Kalinowski während der Verhandlungen mit dem SLD darauf, im Koalitionsvertrag festzuhalten, daß künftig die Nationalbank stärker von der Regierung kontrolliert werden soll (Urban 2001b). Aufgrund der Probleme, die die neue Regierung mit der Verabschiedung des neuen Haushalts hatte, hat sie im Parlament einen Entwurf zur Abstimmung gebracht, nach dem künftig, d. h. ab der nächsten Parlamentswahl, die Legislaturperiode um ein halbes Jahr verkürzt wird, um der Nachfolgeregierung die nötige Zeit zu geben, einen eigenen Haus-

halt zu verabschieden. Bisher hatte sich jede neue Regierung gezwungen gesehen, zumindest im Kern die Haushaltsvorlagen der vorhergehenden Regierung zu übernehmen, weil die Zeit zur Erarbeitung eines eigenen Haushaltes nicht ausreichte und bei Überschreitung der in der Verfassung festgeschriebenen Frist von drei Monaten die Auflösung des Parlaments durch den Staatspräsidenten droht. Der Entwurf wurde mit den Stimmen aller Parteien angenommen (*Dziennik Polski* 2.10.2001).

Besondere Priorität räumt der neue Regierungschef Miller der Europapolitik ein. Er ist entschlossen, die Verhandlungen mit der Europäischen Union über den Beitritt Polens bis zum Jahresende 2002 abzuschließen, damit Polen in jedem Fall bei der ersten Erweiterungsrunde der EU beitreten kann (Majcherek 2002:19). Festgefahrene Positionen, die unter der alten Regierung trotz der mangelnden Fortschritte in den Verhandlungen mit der EU nicht aufgegeben wurden (vor allem die Forderung nach einer 18-jährigen Übergangsfrist für Landerwerb durch EU-Bürger), änderte Miller sofort nach Übernahme der Amtsgeschäfte in deutlich moderatere Standpunkte ab, um die Verhandlungen schnell wieder in Gang zu bringen. Gegenwind bei diesen Bemühungen bläst der neuen Regierung allerdings schon jetzt entgegen: Nicht nur die *Samoobrona*, sondern auch die LPR und die Bewegung *Recht und Gerechtigkeit* sorgen für zusätzlichen Druck. Wie die Bauern-*Selbstverteidigung* Leppers zählt die LPR zu den glühenden Europagegnern, die sich martialischer Rhetorik bedienen, wenn es darum geht, Polen vor dem „Diktat Brüssels“ zu warnen. *Recht und Gerechtigkeit* ist zwar weniger radikal, hat sich aber in der Vergangenheit immer wieder auf die Seite der Europagegner geschlagen. Aufgrund einer so massiven europapolitischen Opposition im Sejm hat sich Leszek Miller zu einer ungewöhnlichen Aktion entschieden. Anfang des Jahres 2002 wandte er sich in einem Appell an alle Parteien und Wahlvereinigungen, die bei den Parlamentswahlen 3% oder mehr erreicht haben. Er forderte dazu auf, ein von möglichst vielen Organisationen unterstütztes „Bündnis für Europa“ zu schmieden – um einen „möglichst großen Konsens der politischen Kräfte in Sachen europäischer Integration“ (FAZ,

7.2.2002) zu erlangen. An dem Bündnis, das bis heute allerdings keine konkrete Form angenommen hat, beteiligen sich neben der Regierungspartei SLD und ihrem Partner UP als Initiatoren als einzige im Parlament vertretene Partei auch die PO, und darüber hinaus die aus dem Parlament ausgeschiedenen UW und AWSRS. Nicht beteiligt sind hingegen *Samoobrona*, LPR, PiS und PSL. Die oppositionelle Bewegung PiS begründete ihre Absage mit einem Verweis auf die Politik der Regierung, die die Opposition nicht ausreichend mit einbeziehe, wenn es um Fragen der europäischen Integration geht (RFE/RL 1/2002). Änderungen der Verhandlungsstrategie erfahre man erst aus der Presse. Miller hält dieser Kritik entgegen, die Opposition wolle die alten Trennlinien wiederbeleben und sei nur deshalb gegen den Beitritt Polens, weil er unter einer SLD-Regierung zustande komme. So sei es auch schon mit der Verfassung von 1997 und mit dem NATO-Beitritt gewesen, der 1999 unter maßgeblicher Beteiligung von Präsident Kwaśniewski erreicht worden sei. Daß sich das Verhältnis zwischen Regierung und Opposition in der so wichtigen Angelegenheit der europäischen Integration künftig verbessern wird, ist vor diesem Hintergrund nicht sehr wahrscheinlich. Bei der Besetzung des Postens des Regierungsbevollmächtigten für die Information der polnischen Bevölkerung über die EU hat Miller jedenfalls wenig Feingefühl bewiesen, indem er mit Sławomir Wiatr einen ehemaligen Sekretär des ZK der PZPR ernannte, gegen den sich die Opposition zuvor heftig gewehrt hatte. Vor allem aber die Tatsache, daß sich das PSL als Regierungspartei nicht an der proeuropäischen Aktion Millers beteiligt, zeigt, wie sehr es in dem „Europa-Dilemma“, das oben beschrieben wurde, gefangen ist. Dieses Dilemma scheint bereits begonnen zu haben, die Regierungskoalition zu spalten – die in Europafragen ohnehin nicht sehr hohe Kohäsion zwischen SLD und PSL wird, für alle sichtbar, auf diese Weise noch weiter reduziert.

Ungeachtet dieser Probleme ist die neue Regierung auf der Ebene der mit der Europapolitik befaßten Regierungsinstitutionen aktiv geworden, indem sie gleich nach Übernahme der Regierungsverantwortung eine Umstrukturierung der Kom-

petenzen in der Europapolitik vorgenommen hat. Der UKIE (Urząd Komitetu Integracji Europejskiej)¹² wird künftig nicht mehr der Kanzlei des Premierministers, sondern dem Außenministerium zugeordnet sein (FAZ 12.10. 2001). Der UKIE ist eine Institution, die dem KIE (Komitet Integracji Europejskiej)¹³ zuarbeitet, in dem Vertreter aller Ministerien unter dem Vorsitz des Premierministers tagen. Ebenfalls der Leitung des Außenministeriums wird künftig die Arbeit des neuen Chefunterhändlers, Jan Truszczyński, unterstellt. Die Aufgaben, die den Beitritt Polens zur EU betreffen, liegen also nunmehr gebündelt im Bereich des zuständigen Außenministeriums. Eine solche Aufgabenverteilung hatten sich bereits die Außenminister der Vorgängerregierung, Geremek (UW) und Bartoszewski (parteilos), vorgenommen, aber nicht durchsetzen können. Beide äußerten sich zufrieden zu der Umstrukturierung (Paradowska 2001a).

Insgesamt scheint Premierminister Miller entschlossen zu sein, aus den Fehlern der Vorgängerregierung zu lernen, was sich in seinen Plänen zur Umgestaltung des Regierungszentrums offenbart. Erst jetzt wird es zum ersten Mal so richtig möglich, die Reform des Regierungszentrums, die 1996 von der Regierung Cimoszewicz verabschiedet wurde, umzusetzen. Sie trat zwar bereits im Herbst 1999 in Kraft, konnte aber aufgrund der mangelnden Kohäsion der Koalitionspartner AWS und UW damals nicht mit den eigentlich zu erwartenden Erfolgen umgesetzt werden¹⁴. „Der Ministerrat wird das politische Zentrum der Regierungskoalition sein“, sagte Miller nach seiner Wahl zum Premierminister (zitiert bei Lang 2001: 6). Als ein Schritt zur Erreichung dieses Ziels ist die Entscheidung Millers zu werten, die Vorsitzenden seiner beiden Koalitionspartner, Marek Pol (UD) und Jarosław Kalinowski (PSL), zu stellvertretenden Premierministern zu berufen. Auf diesem Weg sollen die Parteispitzen der Koalitionspartner in das Kabinett integriert werden, was verhindern soll, „daß sich ein Macht- und Entscheidungszentrum neben der Regierung bildet“ (FAZ 10.10.2001), wie es in der Regierung Buzek der Fall war¹⁵. Daß Miller mit dem neuen Finanzminister Marek Belka einen dritten Vizepremier berufen hat,

soll dessen besonders wichtige Position in der Regierung hervorheben, wenn es darum geht, das Haushaltsdefizit zu reduzieren. Mit Innenminister Krzysztof Janik verfügt Miller des weiteren über eine Persönlichkeit, die in der Lage ist, zwischen den drei Koalitionspartnern zu vermitteln und integrierend zu wirken (Paradowska 2001). Wohl schon heute kann man sagen, daß es der neuen Regierung besser als der Vorgängerregierung gelingt, ein stabiles Machtzentrum zu konstruieren, was auch auf die Bestrebungen Millers zurückzuführen ist, das Verhältnis zu seiner Partei, dem SLD, eindeutig zu regeln. Im Gegensatz zu Buzek steht Miller der Partei, die er vertritt, vor, und es herrscht allgemeine Übereinstimmung, daß er über eine gesicherte Machtposition verfügt (Lang 2001: 6). Dennoch war bereits vor den Wahlen klar, daß für Miller gerade das Verhältnis zu seiner eigenen Partei eine der zentralen Herausforderungen seiner Regierungszeit werden würde (Paradowska 2001). Obwohl sich diese schon 1999 erfolgreich aus einem Wahlbündnis in eine stabile politische Partei umgewandelt hat, weist sie noch immer eine gewisse strukturelle Ähnlichkeit mit der AWS auf. Diese liegt vor allem in der Existenz verschiedener parteiinterner Gruppierungen, die neben den Gesamtinteressen der Partei auch ihre speziellen Gruppeninteressen vertreten. Diesen Gruppierungen, von denen sich einige nach der Regierungsbildung unzufrieden darüber äußerten, daß sie bei der Verteilung der zu vergebenden Posten leer ausgegangen sind, will Miller zusätzlich gerecht werden, indem er zwei seiner engsten Mitarbeiter damit beauftragt hat, sich um das Verhältnis Partei-Regierung zu kümmern: Lech Nikolski in der Funktion des Chefs des politischen Kabinetts und Grzegorz Rydlewski als Chefberater des Premierministers (ebd.).

Ein weiteres ehrgeiziges Projekt der Regierung Miller wird schon nach wenigen Monaten ihrer Amtszeit kritisch bewertet: Der SLD war mit dem Versprechen angetreten, die Anzahl der Leiterstellen in der Kanzlei des Premierministers zu reduzieren. Unter Buzek gab es sechs solcher Posten, Miller hat anfangs vier nominiert: den Chef der Kanzlei, Marek Wagner, den Chef des politischen Kabinetts, Lech Nikolski, sowie Micha³ Tober als Regierungs-

sprecher und Millers Chefberater Grzegorz Rydlewski. Diese vier müssen entsprechend den Vorgaben der Reform von 1996 in den Rang von Staatssekretären erhoben werden (Paradowska 2001). Geht man davon aus, daß Miller noch mindestens zwei weitere Staatssekretäre wird berufen müssen (mit Sicherheit den Chefunterhändler für die Beitrittsverhandlungen mit der EU und einen Regierungsbevollmächtigten für die Oberaufsicht über die Spezialdienste), so wird die Zahl der Staatssekretäre ebenso bei sechs liegen, wie es im Kabinett Buzek der Fall war. Ebenfalls nicht gelungen ist es der neuen Regierung, die Anzahl der Ministerien und innerhalb der Ministerien die Anzahl der Vizeminister, Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre signifikant und somit auf ein finanzierbares Maß zu reduzieren, wie der SLD es vor der Wahl angekündigt hatte (Bogusz 2001:13). Seit langer Zeit hatte Miller die Regierung Buzek wegen der zu hohen Personalkosten kritisiert. Im September 2001, als es um die Postenverteilung zwischen SLD, UP und PSL ging, wurde jedoch beschlossen, die Reduzierung der Ministerien auf 14 noch einmal nach hinten zu verschieben. Nun umfaßt das neue Kabinett 16 Minister, immerhin zwei weniger als das Kabinett Buzeks. Ob die vorgesehene Abschaffung von 26 Zentralämtern, die noch im Jahr 2002 bewerkstelligt werden soll, gelingt, bleibt abzuwarten (Paradowska 2002). Nach der Wahl präsentierte Miller eine Liste mit seinen Kandidaten für die neu zu besetzenden Posten der Staatssekretäre, Unterstaatssekretäre sowie Wojewoden. Bei der Vergabe der Staatssekretärsposten hat Miller in erster Linie auf die Spitzenleute des SLD in den Wojewodschaften zurückgegriffen, bei den Unterstaatssekretären nur zu einem Teil – den anderen Teil hat er bewußt mit Experten besetzt. Beobachter beschreiben die Strategie der neuen Regierung folgendermaßen: „Es ist deutlich zu sehen, daß Miller und seine Minister ... bemüht sind, ein Gleichgewicht zu finden zwischen den Ambitionen des Apparates, dessen Stab überwiegend schon über parlamentarische und administrative Erfahrungen verfügt, und der Notwendigkeit einer leistungsfähigen Organisation sowie der Integration neuer Leute in die Verwaltungsarbeit“ (Paradowska 2001a). Bei den Wojewoden wurde ebenso verfahren. Vieles spricht dafür, daß die Stellung

des SLD innerhalb der Regierungskoalition deutlich stärker (und handlungsfähiger) ist als die der AWS in der Vorgängerregierung. Dies zeigt sich nicht nur an der Vergabe der Ministerposten (SLD: 11, PSL: 2, UP: 1, vgl. Juchler 2001: 1414)¹⁶, sondern auch an der Postenvergabe in den Wojewodschaften: Während Buzek 1997 bei der Vergabe der 48 vakanten Posten peinlich genau darauf achten mußte, nicht durch Vernachlässigung der einen oder anderen AWS-Mitgliedsgruppierung bzw. der UW eine Regierungskrise hervorzurufen, präsentierte der SLD kurz nach den Wahlen eine Liste, der zufolge er alle 16 Wojewodenposten mit Politikern aus seinen Reihen besetzen wollte. Zwar hat das PSL gegen diese Einteilung protestiert und forderte einen Teil der Posten, hat sich aber nach kurzen Verhandlungen und mit Blick auf sein schwaches Abschneiden bei den Parlamentswahlen damit zufrieden gegeben, die Vizewojewoden bestimmen zu dürfen. Und auch davon gestand ihnen der SLD nur 11 zu (Henzler 2002). Der Juniorpartner des SLD, die UP, spielt in der Wahlkoalition, die beide Parteien eingegangen sind, eine deutlich untergeordnete Rolle. Zwar gibt es Anzeichen, daß die UP bestrebt ist, ihrer ursprünglichen linksorientierten Politik in der Regierung mehr Geltung zu verschaffen, doch wird dies aufgrund der Gewichtung der beiden Partner wohl zu keinen größeren Auseinandersetzungen führen (Janicki 2002).

Eine ausführliche Analyse der Regierungspolitik erscheint so kurze Zeit nach der Bildung der Regierung noch schwierig. Über die Vorgaben, die sich die neue Regierung selbst zur Verbesserung der regierungsinternen Zusammenarbeit gemacht hat, hinaus lassen sich nur einige Tendenzen beschreiben, die Janina Paradowska folgendermaßen dargestellt hat: Ein Problem, das sich schon nach kurzer Zeit bemerkbar gemacht hat, besteht darin, daß offensichtlich die SLD-Fraktion im Sejm zu wenig politische Führung hat. Diese ist in der Regierung konzentriert, die aber nicht genügend Zeit hat, sich um die politische Arbeit zu kümmern, weder in der Fraktion, noch in der Partei (Paradowska 2002). Ein weiteres Problem ist, daß – was im Zusammenhang mit der Europapolitik der Regierung bereits kurz angesprochen wurde – die Zusammenarbeit mit der Opposition

nicht ausreichend ist. „Es fehlt jeglicher Wille zur Zusammenarbeit“ (Paradowska 2002). An anderer Stelle heißt es, „the present government ... has eliminated the opposition parties from any kind of cooperation“ (RFE/RL 1/2002).

Der Sejm

Nach dem Ausscheiden der bis Juni 2000/September 2001 amtierenden Regierung ist es, wie bei den vorigen Wahlen, erneut zu einem recht umfangreichen Austausch von Abgeordneten gekommen. Mit 248 Abgeordneten ist über die Hälfte (53,91%) aller 460 Parlamentarier im September 2001 zum ersten Mal in den Sejm gewählt worden (*Archiwum Sejmu* 2001). Vier von sechs Gruppierungen sind seit den Wahlen erstmals im Parlament vertreten (nicht mitgezählt die deutsche Minderheit). Zwar sind dies zum Teil Gruppierungen, die aus Spaltungen vor allem der AWS- und UW-Fraktionen hervorgegangen sind (LPR und PiS), deren Mitglieder also nicht zwangsläufig zum ersten Mal im Parlament vertreten sind. Aber gerade wenn es sich um Fraktionsspaltungen handelt, ist nicht davon auszugehen, daß die betreffenden Politiker ein besonderes Interesse an einer fraktionsübergreifenden Zusammenarbeit mit ihren ehemaligen Fraktionskollegen haben – geschweige denn mit den Parlamentskollegen von SLD, UP und PSL. Insbesondere die parlamentarische Präsenz von *Samoobrona* und LPR und das Ausscheiden von AWS und UW bedeuten einen „für polnische Verhältnisse schmerzhaft[e] Verlust an politischem Fachwissen und parlamentarischer Erfahrung, der die Parlamentsarbeit schwerfälliger und unprofessioneller machen kann“ (Freudenstein/Czyrny 2001: 47). Blockaden der regulären Parlamentsarbeit durch die radikalen Gruppierungen wurden von Anfang an befürchtet (ebd.).

Tatsächlich ist es bereits in den ersten Sitzungen der neuen Amtsperiode zu handfesten Konflikten und Konfrontationen zwischen den Abgeordneten gekommen. Auch die Parlamentarier hatten befürchtet, daß vor allem die *Samoobrona*, die sich

mit der Organisation mitunter gewalttätiger Demonstrationen und Aktionen u. a. gegen die Europapolitik (aller bisheriger Regierungen) und die mit ihr zusammenhängende Agrarpolitik einen Namen gemacht hatte, im Sejm für Unruhe sorgen würde. Entsprechend haben die anderen Parteien versucht, das *enfant terrible* der polnischen Politik, den wegen vielfacher Vergehen vor verschiedenen Gerichten in Polen angeklagten *Samoobrona*-Vorsitzenden Andrzej Lepper, in die Leitung der parlamentarischen Geschäfte einzubinden. Dieser Versuch wurde teils Ausdruck der vielzitierten demokratischen Parlamentskultur gewertet, als Zeichen des guten Willens, Lepper nicht von vornherein zu isolieren. Teils wurde er aber auch verurteilt – mit dem Argument, man erkenne die Mandate der *Samoobrona* zwar an, hätte aber doch, um der gewohnten Proporzregel bei der Verteilung der zu vergebenen Posten zu entsprechen, auch jeden anderen Politiker der Partei, die immerhin die drittstärkste Kraft im neuen Sejm ist, zum stellvertretenden Parlamentspräsidenten wählen können. Obwohl die Wahl Leppers also heftig umstritten war, stimmten 300 Abgeordnete für ihn – das sind neben den 53 Parlamentariern, die die *Samoobrona* stellt, noch weitere 247 Abgeordnete anderer Fraktionen.

Die Wahl Marek Borowskis (SLD) zum *Marszałek Sejmu* war zwar unter den Abgeordneten insgesamt weniger umstritten, doch zeigt auch sie, daß sich noch nicht alle im Parlament vertretenen Gruppierungen an die Gewohnheitsregeln halten, die gerade besonders aufschlußreich hinsichtlich des Stands der politischen Kultur sind. So verweigerten bei der Wahl zum Parlamentspräsidenten die Abgeordneten der PiS geschlossen dem ansonsten allseits anerkannten SLD-Politiker Marek Borowski ihre Zustimmung, obwohl vier Jahre zuvor der SLD in der selben Situation – entsprechend der Vereinbarung, daß die stärkste Fraktion den Präsidenten stellt – für den AWS-Kandidaten Maciej Płażyński gestimmt hatte. Die Abgeordneten der PiS haben somit die Gelegenheit ausgelassen zu demonstrieren, daß Opposition Grenzen hat und daß hohe Sejmfunktionen mit möglichst großer Geschlossenheit besetzt werden sollten“ (Paradowska 2001a). Als wäre das Abstimmungsverhalten der

PiS-Abgeordneten nicht schon ein ausreichend deutliches Zeichen der Mißbilligung gewesen, hielt nach der Wahl der Abgeordnete Ujazdowski zudem noch eine „antikommunistische Rede“, in der er die neue Regierungspartei SLD so scharf angriff, daß Janina Paradowska später schrieb: „Offensichtlich hat er sich bei seiner Rede im Jahr, im Parlament, in der Wortwahl und der politischen Gruppierung geirrt“ (ebd.).

Zahlreiche Veröffentlichungen beschäftigen sich seither mit dem neuen politischen Diskurs, der die polnische Politik derzeit prägt. Wenn es unter anderem heißt, die derzeitigen politischen Auseinandersetzungen seien von Parolen und destruktiver Kritik gekennzeichnet und haben überdies ein bisher ungekanntes Ausmaß von „Aggressionen, Beleidigungen, Brutalitäten, Erniedrigungen, Rüpelhaftigkeiten und Dummheiten“ angenommen (Pilczyński 2002), so beziehen sich solche Äußerungen in aller Regel auf den Politikstil Leppers. In der Tat ist die Liste der Beschimpfungen, mit denen sich dieser im ganzen Land und darüber hinaus einen Namen gemacht hat, lang. Auf ausführliche Zitate soll hier verzichtet werden, da selbst die Tagespresse die Aussagen Leppers zum Großteil als „nicht druckreif“ qualifiziert. In seiner letzten Rede als stellvertretender Parlamentspräsident hat Lepper führende polnische Politiker der Korruption bezichtigt sowie dem Sejm und der gesamten politischen Elite vorgeworfen, Polen in den vergangenen 12 Jahren ausgeraubt und in die Abhängigkeit des Westens gebracht zu haben. Die Abstimmung über die Amtsenthebung hatte eigentlich bereits zwei Tage zuvor stattfinden sollen, konnte aber aufgrund einiger spektakulärer Ereignisse nicht durchgeführt werden. Zum einen erschien der SLD-Abgeordnete Firak, der den Antrag einbringen sollte, nicht zu der Sitzung, zum anderen ergriff statt dessen Andrzej Lepper das Mikrophon und beschimpfte die anwesenden Abgeordneten. Nachdem er auf Ermahnungen Borowskis nicht reagiert hatte, stellte dieser ihm das Mikrophon ab. Daraufhin besetzten die Fraktionsmitglieder der *Samoobrona* unter Protest das Rednerpult und gaben Lepper ein Megaphon in die Hand, mit dem dieser seine Tiraden fortführte. Borowski brach die Sitzung ab (Urban 2002; RFE/RL 46/2001). Zwei Tage spä-

ter sprachen sich schließlich 318 Abgeordnete für die Absetzung Leppers aus. Die 53 Abgeordneten der *Samoobrona*, die als einzige geschlossen gegen die Enthebung ihres Vorsitzenden votiert hatten, stimmten nach der Abstimmung die polnische Nationalhymne an, bevor sie demonstrativ den Sitzungssaal verließen (ebd.)¹⁷. Später kündigte Lepper an, daß er – von der Politik isoliert – seine Aktivitäten in Form von Demonstrationen und Aufständen auf der Straße weiterführen werde (Urban 2001 c). Sein Abgeordnetenmandat hat er indes behalten.

Die Kommentatoren sind sich in der Mehrzahl einig, daß durch diese Ereignisse die politische Kultur in Polen einen bislang noch nicht zu bemessenen Schaden genommen hat. Obwohl in den Monaten nach der Wahl ungezählte Artikel über die Politik Andrzej Leppers verfaßt worden sind, wäre es allerdings ein Fehler, den Blickwinkel ausschließlich auf ihn zu verengen. Auch die *Liga Polskich Rodzin* hat zu der signifikanten Verschlechterung des Diskursklimas beigetragen, indem sie eine reine Obstruktionspolitik in quasi allen Fragen betreibt, die mit der Integration Polens in die Strukturen der EU zusammenhängen. In noch nicht da gewesenem Maß mißbrauchen deren Politiker die Ängste der polnischen Gesellschaft, bedienen sich der Demagogie und des Populismus. In Frage gestellt werden der gesamte Transformationsprozeß Polens nach 1989 sowie die grundlegende außenpolitische Orientierung des Landes. Paradowska schreibt hierzu: „Heute sind alle in der Opposition, um in der Opposition zu sein und keine eigenen Vorschläge einbringen zu müssen“ (Paradowska 2001b). Selbst Gruppierungen wie die sonst korrekt auftretende *Platforma Obywatelska* lassen sich von dieser neuen Art „anstecken“. Die Grenzen zwischen den oppositionellen Parteien und Gruppierungen verwischen sich (ebd.), und eine gewisse Mitschuld an dieser Situation muß auch dem SLD zugewiesen werden, da dieser zum Teil den jetzt zu beobachtenden Stil durch seine stets heftige Kritik an der Vorgängerregierung Buzek mitbegründet hat. Angesichts dieser offensichtlichen Verschlechterung des politischen Klimas und der vielen öffentlichen Reaktionen darauf

könnte sich nun eine Entwicklung durchsetzen, die Mildeberger bereits 1998 indirekt angemahnt hat: daß sich nämlich nicht nur die Medien kritisch mit den Ereignissen in der Politik beschäftigen, sondern daß Kritik und Verurteilung nun auch aus den Reihen der politischen Elite selber kommen könnten, in dem Sinne, daß sich die im Sejm vertretenen Parteien auf einen parteiübergreifenden Konsens bezüglich des Umgangs mit Lepper und seinen Kollgen im speziellen und auf die Einsicht in die Notwendigkeit einer gewissen „Zivilisierung“ der politischen Auseinandersetzung im allgemeinen besinnen könnten (Mildeberger 1998: 76). Darin könnte eine Chance liegen, die derzeit in den Medien leider nicht präsent ist.

Bezüglich der sozialen Zusammensetzung des neuen Sejms¹⁸ sind – gegenüber den 90er Jahren – folgende Entwicklungen zu beobachten: Beim Alter der Abgeordneten zeichnet sich ein stetiger Trend ab, demzufolge in den 90er Jahren die unter 40jährigen immer schwächer vertreten sind (von 36,9% 1991 auf 16,09% im Jahr 2001), während die zwischen 40- und 60jährigen um über 20% zugenommen haben: von 55,7% 1991 auf 78,89% nach den Parlamentswahlen 2001 (vgl. Matthes 1999: 303; *Archiwum Sejmu* 2001). Die Einschätzung Flams, daß „in die politische Arena ... eine neue Generation von ... Politikern, die kaum älter als 30 Jahre sind, getreten“ ist, kann auf der Grundlage dieser Daten nicht bestätigt werden (Flam 1998: 52 f.). Bezüglich des Geschlechts der Abgeordneten ist ebenfalls ein eindeutiger Trend zu erkennen. Waren noch in der ersten Wahlperiode des Sejms (1991 bis 1993) 90,4% der Abgeordneten Männer, so sind es nach den letzten Wahlen nur noch 79,8% (vgl. Matthes 1999: 303; Kanzlei des Sejms 1999). Neben diesen Daten haben insbesondere auch die Angaben bezüglich der Ausbildung der Abgeordneten nach den Wahlen große Beachtung gefunden. Während von 1991 bis zum Ende der dritten Wahlperiode im September 2001 der Anteil der Hochschulabsolventen stetig von 77,2% auf 83,3% gestiegen ist, haben die Wahlen von September 2001 einige Veränderungen in der Zusammensetzung der Abgeordneten herbeigeführt. Nach einer Zusammenstellung der Zeitschrift *Wprost* sind im

neuen Sejm nur noch 81% der Abgeordneten Hochschulabsolventen¹⁹, während die Zahl derjenigen, die über eine mittlere oder eine einfache (Berufs-) Ausbildung verfügen, auf ca. 17% gestiegen ist (Mazur 2001: 27), damit allerdings weniger stark, als es in Medienberichten i.d.R. suggeriert wird. Stellvertretend für viele sei hier Mazur zitiert, der die derzeitige Situation folgendermaßen beschreibt: „Das polnische Parlament ist die teuerste Universität der Welt. Erst nach Antritt des Mandates lernen viele Abgeordneten, wie das polnische Recht beschaffen ist und lernen die Grundsätze der wirtschaftlichen und politischen Kultur kennen. Einige beweisen einem solchen Wissenszuwachs gegenüber eine erstaunliche Widerstandsfähigkeit, die sie nicht an der Ausübung ihres Mandates hindert. So finden sich im gegenwärtigen Sejm viele Politiker, die in Ländern mit langer parlamentarischer Tradition keine Chance hätten. Die Entscheidung der Wähler hat also ein politisches Analphabetentum geschaffen“ (Mazur 2001: 26). Vor allem werden solche Aussagen auf die soziale Zusammensetzung der *Samoobrona*-Fraktion bezogen, die in der Tat erheblich von denen der anderen Fraktionen abweicht, insofern als sie mit über 81% den weitaus höchsten Anteil von Abgeordneten ohne Hochschulabschluß aufweist (Mazur 2001: 27). Besieht man diese Daten vor dem Hintergrund der Theorie Higleys u.a., die besagt, daß eine große soziale Differenzierung der politischen Elite dem Prozeß der Konsolidierung der Demokratie förderlich ist (vgl. Higley/Lengyel 2000:2), so kann man diese Daten eigentlich nicht einer solchen Katastrophe gleichsetzen, wie es Mazur tut. Das negative Bild der derzeitigen Situation ergibt sich eher aus dem konkreten Verhalten der (bzw. einiger) Abgeordneten von *Samoobrona* und LPR, während die Tatsache allein, daß sie über einen vergleichsweise geringen Bildungsstand verfügen, zwar Auswirkungen auf die Qualität der Parlamentsarbeit haben kann, mit Higley aber nicht per se als negativ einzuschätzen ist.

Fazit

Bedeutend die dargestellten politischen Entwicklungen, insbesondere die nach den Parlamentswahlen von 2001, nun – wie eingangs gefragt wurde – den Abschied Polens von (dem Ziel) der konsolidierten Demokratie? Um die Antwort vorwegzunehmen: sicherlich nicht. Wenn es aber darum geht, diese Antwort zu differenzieren, muß man zunächst feststellen, daß sich bei der Betrachtung des Prozesses der politischen Transformation, wie er sich in Polen bis heute vollzogen hat und vollzieht, ein überaus ambivalentes Bild ergibt. Im Zusammenhang mit dem Parteiensystem ist deutlich geworden, daß es nach einer anfänglichen extremen Zerstrittenheit und Fragmentierung der Parteien in den 90er Jahren durch wahlgesetzgeberische Anreize gelungen ist, einen Konzentrationsprozeß in Gang zu setzen, in dessen Verlauf sich auf der Seite der ehemaligen Opposition um die Gewerkschaft *Solidarność* die AWS und auf seiten der PZPR-Nachfolgeorganisationen das Parteienbündnis SLD gebildet haben. Dabei gilt festzuhalten, daß erstere von Anfang an größte Probleme hatte, sich aus einem Bündnis in eine stabile politische Kraft zu entwickeln. Neben persönlichen Konflikten waren es die enormen programmatischen Unterschiede, die dies unmöglich gemacht haben. Einschätzungen, die mit dem Aufkommen der AWS und der zunehmenden Festigung des SLD eine Konsolidierung des polnischen Parteiensystems gegeben sahen, haben sich zumindest in bezug auf die AWS als zu optimistisch und sicherlich auch als etwas vorzeitig erwiesen. Denn von Anfang an waren die großen internen Probleme der Sammlungsbewegung mehr als deutlich zu erkennen, die insbesondere in Form der extremen Heterogenität und programmatischen Diversität der in der AWS organisierten Gruppierungen lagen. Spätestens die Parlamentswahlen von September 2001 haben deutlich gemacht, daß der Versuch, die *Solidarność* politisch wiederzubeleben, gescheitert ist. Insofern als mit dem Aufkommen neuer Parteien und Bewegungen, die aus der AWS hervorgegangen sind (*Platforma Obywatelska*, *Prawo i Sprawiedliwość*, *Liga Polskich Rodzin*), nun eine längerfristige Entwicklung eingesetzt haben könnte, in deren Ver-

lauf es verstärkt zur Herausbildung und Festigung programmatischer Zusammenschlüsse kommt, kann das Auseinanderbrechen der AWS sogar als ein Konsolidierungserfolg gewertet werden. Zwar hat das Ergebnis der Wahlen das gesamte Parteienspektrum erneut in Bewegung gebracht und auch scheinbar etablierte Parteien wie die liberale Freiheitsunion vor ernste Zukunftsprobleme gestellt, doch wird durch diese Entwicklung auf der anderen Seite erkennbar, daß sich nach wie vor neue Organisationen gründen, denen die politischen Rahmenbedingungen eine Integration in die bestehenden Strukturen ermöglichen. Besonders deutlich zeigt sich dies an auch an der Bauernpartei *Samoobrona*.

Für die Arbeit der Exekutive war die parlamentarische Präsenz der *Samoobrona* hingegen bisher alles andere als förderlich. Zwar scheint es der Regierung von Leszek Miller (SLD) besser als all ihren Vorgängerregierungen (insbesondere der AWS-UW-Regierung) zu gelingen, die interne Organisation der Regierungsarbeit effektiv zu gestalten, indem sie als erste Regierung in vollem Umfang die unter Cimoszewicz 1996 verabschiedete Reform des Regierungszentrums umsetzt und streng darauf achtet, neben dem Premierminister keine alternativen Machtzentren aufkommen zu lassen, wie sie unter Buzek existiert haben. Doch ergeben sich aus dem Druck, den die *Samoobrona* insbesondere in Fragen des Beitritts zur Europäischen Union auf die Koalition ausübt, Probleme, die durchaus in der Lage sein können, die Regierung Miller zu Fall zu bringen. Je schwieriger sich der Verhandlungsprozeß mit der EU gestaltet, um so wahrscheinlicher ist eine solche Entwicklung. Besonders für das PSL, das mit der radikalen *Samoobrona* um dieselbe Klientel, die Landwirte, konkurriert, kann sich die derzeitige Konstellation als existenzbedrohend erweisen, da es mit der Unterzeichnung des Koalitionsvertrags mit dem proeuropäischen SLD auf der einen Seite die Verpflichtung eingegangen ist, sich konstruktiv an den Verhandlungen mit der EU zu beteiligen, auf der anderen Seite aber die Interessen der Bauern nicht vernachlässigen darf, um nicht Gefahr zu laufen, ihre Basis an den Konkurrenten Lepper zu verlieren. So ist das Paradox entstanden, daß

die zuvor positiv bewertete Entwicklung, daß neue politische Parteien entstehen und am politischen Leben teilnehmen, im Fall der *Samoobrona* gleichzeitig in der Lage ist, die sich abzeichnende Stabilisierung der Exekutive zu gefährden. Die Spaltung, die infolge der proeuropäischen Initiative Millers Anfang des Jahres 2002 durch die Koalition geht, macht den dilemmatischen Charakter der aktuellen Situation mehr als deutlich.

Gespalten ist auch der Sejm. Auf der einen Seite steht die „große Masse“ der Abgeordneten, die sich an die (geschriebenen wie ungeschriebenen) demokratisch-pluralistischen Regeln, die sich im Verlauf der 90er Jahre entwickelt haben, halten, auf der anderen Seite die Populisten, die zwar rein zahlenmäßig in der Minderzahl, durch ihre weitaus größere Öffentlichkeitswirksamkeit aber in der Lage sind, der politischen Kultur insgesamt schweren Schaden zuzufügen. Die politischen Auseinandersetzungen, die sie führen, erinnern in ihrer Heftigkeit mitunter an die höchst ideologisierten Konflikte, die in der ersten Hälfte der 90er Jahre um Fragen von Dekommunisierung und Lustration das politische Leben lähmten. Ein zentraler Unterschied zwischen diesen beiden Situationen könnte nun immerhin darin liegen, daß die politische Elite Polens heute eher als vor zehn Jahren in der Lage sein könnte, diese Krise aus eigener Kraft zu bewältigen. Zwar wird immer wieder beklagt, daß der besorgniserregende Politikstil Leppers u. a. in Teilen auch auf die anderen Parteien ausstrahlt, doch darf andererseits nicht übersehen werden, daß sich bis heute, 13 Jahre nach der Einführung der demokratisch-pluralistischen Ordnung in Polen, ein gewisser Konsens, ein Bestand demokratischer Verfahren und Spielregeln herausgebildet hat, der von vielen Politikern akzeptiert wird und der u.U. den Einfluß der Populisten begrenzen kann. Auch dies haben die Darstellungen dieses Beitrags neben allen problematischen Entwicklungen gezeigt. Gerade in bezug auf den Beitritt zu Europäischen Union ist ein solcher Konsens innerhalb der politischen Elite Polens vonnöten. In dem Maß, wie sich die Europagegner zunehmend besser organisieren, müßten die Europabefürworter, unterstützt von der EU, ebenfalls tun. Dabei nicht zentrale politische Institutionen ent-

lang der Linie „pro – contra Europa“ zu spalten und somit deren Funktionieren zu gefährden, darin wird der Balanceakt der kommenden Monate bestehen. Nicht nur für die neue Regierung ist dies eine große Herausforderung.

Anmerkungen

¹ Dt.: *Wahlaktion Solidarność*.

² Dt.: *Freiheitsunion*.

³ Dem Sejm als der ersten und bedeutenderen Kammer des polnischen Parlaments (der Nationalversammlung) wird in dieser Arbeit ein deutlich übergeordnetes Interesse entgegengebracht als der zweiten Kammer, dem Senat. Dennoch wird auch im folgenden die Rede von „Parlamentswahlen“ sein, nicht von „Sejmwahlen“, da in Polen die Wahlen zu beiden Kammern stets parallel stattfinden, es also keine reinen „Sejmwahlen“ gibt (vgl. Antoszewski/Herbut 1999: 103 ff.).

⁴ Dt.: *Bund der Demokratischen Linken*.

⁵ Dt.: *Polnische Volkspartei*.

⁶ Dt.: *Staatsbürgerplattform*.

⁷ Dt.: *Selbstverteidigung*.

⁸ Dt.: *Recht und Gerechtigkeit*.

⁹ Dt.: *Liga der polnischen Familien*.

¹⁰ Nach der neuen Regelung reichen der stärksten Partei ca. 43% der Stimmen, um die absolute Mehrheit der Parlamentsmandate zu erlangen (vgl. Freudenstein/Czyrny 2001: 22).

¹¹ Das erwartete Haushaltsdefizit für das Jahr 2002 wurde noch von der alten Regierung auf 88 Milliarden Z³oty beziffert (Ludwig 2001).

¹² Dt.: Amt des Komitees für europäische Integration.

¹³ Dt.: Komitee für europäische Integration.

¹⁴ Für eine ausführliche Analyse der Reform s. Zubek 2001.

¹⁵ Regierungschef Buzek sah sich in seiner Amtszeit sogar gleich mit zwei alternativen Machtzentren konfrontiert: Marian Krzaklewski als Vorsitzender der AWS, der Gewerkschaft Solidarność sowie der AWS-Fraktion im Sejm, und Leszek Balcerowicz, der als Finanzminister, stellvertretender Premierminister, Vorsitzender der UW sowie mehrerer Parlamentsausschüsse über eine erhebliche Machtstellung verfügte (Tewes 2000: 1351 ff.).

¹⁶ Neben diesen 14 Ministerposten umfaßt die Regierung eine partei-lose Ministerin (Piwnik), die gleichermaßen von SLD, PSL und UP unterstützt wird, und den Premierminister (insgesamt 16 Posten).

¹⁷ Zu den genaueren Umständen einer „inszenierten Amtsenthebung“ siehe Paradowska 2001b.

¹⁸ Betrachtet wurden die Kriterien Alter, Geschlecht und Berufsausbildung.

¹⁹ Unter ihnen nur 14% Juristen (vgl. Pilczyński 2002).

Literatur

- Archiwum Sejmu, 2001: Statystyki (dt.: Statistiken), www.sejm.gov.pl/wydarzenia/stat/stat
- Bogusz, Anna, 2001: W³adza w reformie (dt.: Reform der Macht), in: Newsweek Polska, 28. Oktober 2001
- Dietrich, Stefan, 2002: Mit falschem Zungenschlag. Wie polnische Politiker die Volksabstimmung zum EU-Beitritt gewinnen wollen, in: FAZ, 7. Februar 2002
- Frantz, Christiane, 2000: EU-Integration als Transformationsrahmen? Demokratische Konsolidierung in Polen durch die Europäische Union, Leske und Budrich, Opladen
- Freudenstein, Roland/Czyrny, Anna, 2001: Parlamentswahl in Polen: Die Stunde der Populisten?, in: KAS-Auslandsinformationen 10/2000, S. 20-48
- Heimann, Doris, 2001: Polens Linke schlägt Sparkurs ein, in: Die Welt, 21./22. September 2001
- Henzler, Marek, 2002: Łańcuszek Janika (dt.: Janiks Kettchen), in: Polityka Nr. 3 (2333), 19. Januar 2002
- Higley, John/Lengyel, György, 2000: Introduction. Elite Configurations after State Socialism, in: Dies (Hrsg.): Elites after state socialism, Rowman and Littlefield, Lanham
- Janicki, Mariusz, 2002: Mnieszy brat (dt.: Der kleinere Bruder), in: Polityka Nr. 6 (2336), 9. Februar 2002
- Juchler, Jakob, 2001: Machtwechsel in Polen – die Linke löst die Rechte ab, in: Osteuropa (51. Jg.) 11 u. 12/2001, S. 1405-1415
- Kaps, Carola, 2002: Angst vor der Zweiklassengesellschaft. Die ost-mitteuropäischen Kandidatenländer wollen nicht stückweise Mitglieder der EU werden, in: FAZ, 8. Februar 2002
- Lang, Kai-Olaf, 2001: Machtwechsel in Polen. Was bringt die rot-grüne Koalition?, in: SWP-Aktuell, Stiftung Wissenschaft und Politik, Oktober 2001
- Ludwig, Michael, 2001: Mit Populisten und ehemaligen Kommunisten, in: FAZ, 22. Oktober 2001
- Majewski, Michał, 2001: Klub Wodza (dt.: Der Klub des Führers), in: Rzeczpospolita, 28. August 2001

- Matthes, Claudia-Yvette, 1999: Polen und Ungarn - Parlamente im Systemwechsel. Zur Bedeutung einer politischen Institution für die Konsolidierung neuer Demokratien, Leske und Budrich, Opladen
- Mazur, Bogusław, 2001: Parlament amatorów. Polski Sejm jest najdroższym uniwersyteciem świata (dt.: Das Parlament der Amateure. Der polnische Sejm ist die teuerste Universität der Welt), in: Wprost Nr. 49, 6. Dezember 2001, S. 26-29
- Merkel, Wolfgang, 1999: Systemtransformation. Eine Einführung in Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Leske und Budrich, Opladen
- Mildenberger, Markus, 1998: Zwischen Konsens und Polarität. Zur Entwicklung der demokratischen politischen Kultur in Polen, in: Franzke, Jochen (Hrsg.), 1998: Polen. Staat und Gesellschaft im Wandel, Berlin, S. 74-86
- Ordynacja wyborcza do Sejmu i Senatu (dt.: Wahlordnung zu Sejm und Senat), in: Rzeczpospolita Nr. 123 (5896, 28. Mai 2001)
- Paradowska, Janina, 2001: Zespół Millera (dt.: Millers Mannschaft), in: Polityka Nr. 42 (2320), 20. Oktober 2001
- Paradowska, Janina, 2001a: Gabinet przechodnie (dt.: Durchgangskabinette), in: Polityka Nr. 43 (2322), 27. Oktober 2001
- Paradowska, Janina, 2001b: Paźka na storc (dt.: Hoch die Knüppel), in: Polityka Nr. 49 (2327), 8. Dezember 2001
- Paradowska, Janina, 2002: Studniówka Millera (dt.: Die ersten hundert Tage der Regierung Miller), in: Polityka Nr. 5 (2335) 2. Februar 2002
- Pilczyński, Jerzy, 2002: Parlament nieparlamentarny (dt.: Ein nicht sa-lonfähiges Parlament), in: Rzeczpospolita, 11. März 2002
- Rydlowski, Grzegorz, 200: Regierung und Regierungsverwaltung in Polen, in: WeltTrends Nr. 27, Sommer 2000, S. 41-59
- Stankiewicz, Katharina, 2002: Die „neuen Dmowskis“ – eine alte Ideologie im neuen Gewand?, in: Osteuropa (52. Jg.) 3/2002, S. 263-279
- Tewes, Henning, 2000: Nachruf auf den politischen Mut. Die Regierung Buzek-Balcerowicz in Polen, in: Osteuropa (50. Jg.) 12/2000, S. 1350-1363
- Urban, Thomas, 2001: Aussichtsreicher Weg nach rechts, in: Süddeutsche Zeitung, 22./23. September 2001
- Urban, Thomas, 2001a: Warschauer Wandlungen, in: Süddeutsche Zeitung, 25. September 2001
- Urban, Thomas, 2001b: Starke Sprüche, schwaches Bild, in: Süddeutsche Zeitung, 11. Oktober 2001
- Urban, Thomas, 2001c: Eine Bulldogge beißt sich nach oben, in: Süddeutsche Zeitung, 19. November 2001

- Urban, Thomas, 2001d: Das neue Spiel der alten Garde, in: Süddeutsche Zeitung, 22. November 2001
- Urban, Thomas, 2002: Bauernposse im polnischen Parlament, in: Süddeutsche Zeitung, 28. Januar 2002
- Widmaier, Ulrich/Gawrich, Andrea/Becker, Ute, 1999: Regierungssysteme Zentral- und Osteuropas: ein einführendes Lehrbuch, Leske und Budrich, Opladen
- Ziener, Klaus, 1999: Wie konsolidiert ist Polens Demokratie?, in: Busch, Andreas/Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Demokratie in Ost und West, Frankfurt am Main, S. 332-360
- Zubek, Radoslaw, 2001: A core in check: the transformation of the Polish core executive, in: Journal of European Public Policy, Volume 8, Heft 6, Dezember 2001, S. 911-932